Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 98 (2023)
Heft: 10

Artikel: "Zeitenwende" der Bundeswehr? : Probleme des Beschaffungswesens
Autor: Goertz, Stefan
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1053051

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bild: Bundeswehr

Bundeskanzler Scholz sprach ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro. Doch wann kommen die Gelder bei der Truppe an?

«Zeitenwende» der Bundeswehr? Probleme des Beschaffungswesens

Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz rief kurz nach dem Beginn des Ukrainekrieges eine «Zeitenwende» für die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus. Der folgende Beitrag untersucht die reale Umsetzung dieser politischen Forderung in Bezug auf das Beschaffungswesen der Bundeswehr.

Prof. Dr. Stefan Goertz, Bundespolizei, Hochschule des Bundes, Lübeck
Dieser Beitrag stellt die persönliche Auffassung des Autors dar.

In seiner Regierungserklärung am 27. Februar 2022 rief der deutsche Bundeskanzler Scholz eine «Zeitenwende» der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus: «Wir erleben eine Zeitenwende. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor. [...] Angesichts der Zeitenwende, die Putins Aggression bedeutet, lautet unser Massstab: Was für die Sicherung des Friedens in Europa gebraucht wird, das wird getan. Deutschland wird dazu seinen solidarischen Beitrag leisten. Das heute klar und unmissverständlich festzuhalten, reicht aber nicht aus; denn dafür braucht die Bundeswehr neue, starke Fähigkeiten. [...] Das Ziel ist eine leistungsfähige, hochmoderne, fortschrittliche Bundeswehr, die uns zuverlässig schützt. Wir brauchen Flugzeuge, die fliegen, Schiffe, die in See stechen, und Soldatinnen und Soldaten, die für ihre Einsätze optimal ausgerüstet sind. Darum geht es, und das ist ja wohl erreichbar für ein Land unserer Grösse und unserer Bedeutung in Europa. Aber machen wir uns nichts vor: Bessere Ausrüstung, modernes Einsatzgerät, mehr Personal – das kostet viel Geld. Wir werden dafür ein Sondervermögen Bundeswehr einrichten [...] Der Bundeshaushalt 2022 wird dieses Sondervermögen einmalig mit 100 Milliarden Euro ausstatten. Die Mittel werden wir für notwendige Investitionen und Rüstungsvorhaben nutzen. Wir werden von nun an Jahr für Jahr mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Verteidigung investieren.»

«Zeitenwende» für die Bundeswehr?

Bundeskanzler Scholz versprach in seiner «Zeitenwende»-Rede im deutschen Bundestag ein «Sondervermögen» von 100

Milliarden Euro, um die Bundeswehr rüstungstechnisch zu verbessern. Mit den 100 Milliarden Euro sollte die über Jahre dramatisch defizitär heruntergesparte Bundeswehr rüstungstechnisch besser ausgestattet werden, zusätzlich zu den rund 50 Milliarden, die der deutsche Verteidigungsetat ohnehin zur Verfügung hatte. Ein Jahr später sah die Ausrüstungslage der Bundeswehr jedoch dramatisch (noch) schlechter aus. Sie hatte (wegen des Ukrainekrieges berechtigterweise) Panzer, Flugabwehr und jede Menge Gerät aus den vorhandenen Beständen an die Ukraine abgegeben. Aufträge für Ersatzbeschaffungen bei der deutschen Industrie waren ein Jahr nach dem Versprechen des deutschen Bundeskanzlers vom deutschen Verteidigungsministerium jedoch kaum vergeben worden, was politisch und militärstrategisch höchst problematisch ist. Dies bestätigte der Verband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV).

Dazu schätzten zahlreiche Experten den Munitionsbestand auch über ein Jahr nach dem Beginn des Ukrainekrieges so ein, dass die Bundeswehr in einem Verteidigungsfall über Munition für lediglich zwei Tage verfügen würde. Diese Feststellung ist dramatisch und sollte Konsequenzen für die Verantwortlichen haben. Streitkräfte, die in einem Verteidigungsfall Munition für zwei Tage haben, sind nicht verteidigungsfähig, können damit nicht ihren verfassungsrechtlichen Auftrag erfüllen und gefährden damit die Sicherheit ihres Landes, ihrer Bevölkerung, die sie verfassungsrechtlich beauftragt schützen sollen.

Geplant, aber nicht ausgegeben

Genau ein Jahr nach der «Zeitenwenden»-Rede des Bundeskanzlers Scholz war die Euphorie der Rede längst verflogen. «Die Bundeswehr, das Heer, das ich führen darf, steht mehr oder weniger blank da», schrieb Heeresinspekteur Alfons Mais. Problematischerweise hat sich die Situation in Sachen Ausrüstung der Bundeswehr ein Jahr nach Beginn des Ukrainekrieges mehr verschlechtert als verbessert. Ein Jahr nach der markigen Ankündigung des Bundeskanzlers waren nach Angaben des Verteidigungsministeriums rund 30 Milliarden Euro von den 100 Milliarden Sondervermögen für erteilte Aufträge gebunden. Den Grossteil davon macht die Bestellung von 35 F 35-Kampfjets aus, im Jahr 2026 sollen die ersten Maschinen geliefert werden, die restlichen in jährlichen Tranchen bis 2029. Grünes Licht dafür gab der Bundestag im Dezember 2022, auch für den Kauf eines neuen Sturmgewehrs als Nachfolgemodell für das G 36 (rund 273 Millionen Euro) und die Nachrüstung des Schützenpanzers Puma (etwa 850 Millionen Euro). Sprich: Ein Jahr nach dem Kriegsbeginn war ca. ein Drittel des Sondervermögens verplant – aber noch nicht ausgegeben. Erschwerend kam hinzu, dass die Kaufkraft der 100 Milliarden Euro wegen der Inflation dahinschmolz. Nach Schätzung des Verteidigungsministeriums sank die «echte» Investitionssumme von 100 auf 93 Milliarden Euro.

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) schätzt die historische Unterfinanzierung der Bundeswehr gegenüber den NATO-Standards auf mindestens 394 Milliarden Euro.

Zum Zeitpunkt der markigen Ankündigung von Bundeskanzler Scholz klang das Hundert-Milliarden-Sondervermögen

Bild: Daniel Biskup, Wikipedia Commons

Der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius.

nach einem grossen Wurf. Doch gemessen an Deutschlands Ambitionen und Verpflichtungen in der NATO war der finanzielle Bedarf in allen Bereichen (Rüstung, Personal, täglicher Betrieb) schon damals höher, auch unabhängig von dem Zwei-Prozent-Ziel. Die hundert Milliarden Euro hätten nur einen Teil des Bedarfes decken können, und dies auch nur im Bereich der Rüstung. Deshalb war von vorneherein klar: Ohne Zuwachs im regulären Verteidigungshaushalt kann Deutschland seine Verteidigungsfähigkeit nicht wieder herstellen. Heute reichen die hundert Milliarden Euro des Sondervermögens nicht einmal mehr aus, um die Fähigkeitslücken gegenüber der NATO zu schliessen, für die diese Summe eingeplant war.

Beschaffungswesen ist das Problem

Nach Recherchen des Militärfachjournalisten Thomas Wiegold brauchte das Bundesverteidigungsministerium nach der vollmundigen Ankündigung von Bundeskanzler Scholz ein ganzes Jahr für erste Beschlussfassungen, was aus diesem Sondervermögen beschafft werden soll. Praktisch habe sich aber – bis auf die Abgabe von militärischem Gerät an die Ukraine – innerhalb dieses einen Jahres nichts geändert. Es war bisher extrem wenig bestellt worden und aus dem Sondervermögen sei eigentlich noch nichts bei der Truppe angekommen.

Verglichen mit dem Sondervermögen wurde in sehr geringen Umfängen bestellt, u.a. ein Teil der persönlichen Ausrüstung und Ausstattung für Soldaten wie zum Beispiel Schutzwesten und Helme sowie moderne digitale Funkgeräte und ein paar luftverlegbare Feldlazarette. Die grossen Posten jedoch, wie neue Flugzeuge, neue Hubschrauber, neue Kriegsschiffe oder auch neue Schützenpanzer sind noch lange nicht in Aussicht, es gibt immer noch keine konkreten Verträge mit Rüstungsfirmen. Neue Flugzeuge, Hubschrauber, Kriegsschiffe und Schützenpanzer werden frühestens in drei, vier und mehr Jahren ankommen.

Strukturell und ausrüstungstechnisch hat die Bundeswehr im Augenblick zwei zentrale Probleme: Erstens, die Bundeswehr verfügt über zu wenig Gerät und dieses ist teilweise veraltet. Beispielsweise haben die Panzerbataillone maximal 70 Prozent der Panzer, die sie eigentlich haben sollten. Doch auch diese 70 Prozent der Panzer sind nicht alle einsatzbereit.

Die Bundeswehr wartet auf die bestellten F 35.

Das zweite Problem ist ein selbstgemachtes Problem. Alle Verfahren und Prozesse, um neues Gerät zu beschaffen, sind sehr kompliziert, sehr langwierig, sehr bürokratisch. Wenn eine Entscheidung für die Beschaffung getroffen wird und das Geld dafür bewilligt ist, dauert es immer noch relativ lange, bis das Gerät auch bei der Truppe ankommt. Das liegt auch an Vorgaben der EU für Vergabeverfahren, bei denen es keinen Unterschied macht, ob der Neubau eines Autobahnteilstücks oder die Beschaffung von Panzern ausgeschrieben wird. Diese völlig inadäquaten Verfahren haben sich auch im zurückliegenden Jahr nicht wirklich verändert.

Mangel an Panzern und Munition

Die Bundeswehr, die ohnehin schon seit Jahren Materialprobleme hatte, hat gerade Bestände vom wichtigen Material an die Ukraine abgegeben. Dazu gehören etwa Panzerhaubitzen, Schützenpanzer «Marder» und jetzt kommen Kampfpanzer «Leopard 2» hinzu. Das sind Fahrzeuge, die bei der Bundeswehr ohnehin einen knappen Bestand haben. Gleichzeitig, und das wird von der Truppe beklagt, wurde dieses Material bislang noch nicht nachbestellt. Schon 2022 wurden 14 Panzerhaubitzen abgegeben. Da hätte man erwartet, es würden sofort neue Geschütze nachbestellt. Die Bundeswehr hat eine grosse Menge Artilleriemunition an die Ukraine geliefert. Diese ist jedoch auch noch nicht nachbestellt worden. Auch für die «Leopard 2»-Kampfpanzer stellt sich die gleiche Frage: Werden die jetzt nachbestellt, wenn sie abgegeben werden?

Nahezu alle Experten und viele Politiker stimmen überein, dass das aktuelle Beschaffungswesen der Bundeswehr ein entscheidender Hemmschuh für die mangelnde Einsatzbereitschaft der Bundeswehr darstellt. Dass eine grundlegende, radikale Reformierung des Beschaffungswesens der deutschen Streitkräfte essenziell notwendig ist, ist quasi bei allen Experten Konsens. Dies zeigt u.a. das aktuelle Beispiel des Versuchs der Beschaffung von Einsatzbooten für die Kampfschwimmer der Marine oder die absehbare Kostenexplosion der geplanten Flottendienstboote.

Die deutsche Bundesregierung, voran das Bundesministerium der Verteidigung, sicherte der NATO für 2025 eine voll ausgerüstete Division für die Ostflanke zu. Ende September 2023 war nun absehbar,

dass diese nicht rechtzeitig mit modernen Funkgeräten ausgestattet sein wird. Dieser peinliche Vorgang bringt auch Verteidigungsminister Pistorius in Erklärungsnot.

Funkgeräte-Chaos

Genauso wichtig und dringlich wie das Ausschreiben dieses milliardenschweren Projektes für Funkgeräte war zum Zeitpunkt der Bestellung auch, dass gleichzeitig der Einbau dieser neuen Funkgeräte in die ca. 34 000 Fahrzeuge des Heeres ausgeschrieben werden müsse, sonst würden sie ja nur in den Depots liegen und nicht eingebaut werden. Im zweiten Jahr der «Zeitenwende» von Bundeskanzler Scholz und Verteidigungsminister Pistorius ist nun genau das eingetreten. Die Bundeswehr hat nagelneue Digitalfunkgeräte auf Lager, kann sie aber nicht in ihre Panzer, Transportfahrzeuge und Geländewagen einbauen. Für diese Installationsarbeiten gibt es bis anhin weder eine Ausschreibung noch einen Auftrag. In Anbetracht der frühzeitigen Hinweise und Warnungen aus Fachkreisen wirft die Affäre ein schlechtes Licht auf das deutsche Verteidigungsministerium, auch auf den neuen Verteidigungsminister.

Dieses Versagen hat massive sicherheitspolitische Folgen, da das deutsche Verteidigungsministerium seine Bündnisverpflichtungen nicht erfüllen könnte, weil die Bundeswehr bei der NATO im Wort steht, ab 2025 eine voll ausgerüstete und einsatzfähige Heeresdivision für die Ostflanke vorzuhalten. Im Einsatzfall müsste das deutsche Heer mutmasslich mit analogen Funkgeräten aus den 1980er Jahren kämpfen. Diese sind lächerlich leicht abzuhören.

Bis die Panzer und Fahrzeuge der deutschen NATO-Division umgerüstet sind, dürfte das Jahr 2025 vorübergegangen sein. Verteidigungsminister Pistorius äusserte sich dazu Ende September mit den Worten: «Das wird sich in den nächsten Wochen und Monaten aufklären. Ich bin darüber einigermassen verärgert.»

Für die gereizte Reaktion von Pistorius gibt es eine Erklärung: Die Verantwortung für die Versäumnisse rund um den Digitalfunk liegt hauptsächlich in der Rüstungsabteilung seines Ministeriums und im Beschaffungsamt der Bundeswehr. Verteidigungsminister Pistorius muss sich die Frage gefallen lassen, ob er dort die richtigen Personalentscheidungen getroffen hat.

Fazit

Das Beschaffungswesen der Bundeswehr muss seit Jahren als ineffizient, mangelhaft und unprofessionell beschrieben werden. Ein signifikanter Schritt nach vorne, hin zu einer «Zeitenwende» der Bundeswehr, müsste als ersten Schritt eine radikale Veränderung des Beschaffungswesens als Priorität haben.

Bilder: Bundeswehr

Der Truppe mangelt es an einigem, besonders an Panzern und Munition.